

Inhalt der Sitzung vom 21.09.2015

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Seitens der SPD-Fraktion wurde der Antrag gestellt TOP 3 in den Ausschuss zu verweisen. Der Antrag wurde mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen von CDU, SPD und ALP, bei 6 Gegenstimmen von PL und BGM, sowie 2 Enthaltungen der GLP angenommen. Damit wurde der TOP 3 von der Tagesordnung genommen und zur weiteren Beratung in den Ausschuss verwiesen.

TOP Ö 2

Rechnungsergebnisse bei der Abwasserbeseitigung

Ausgleich von Kostenüber-/und -unterdeckungen der Jahre 2012 bis 2014,

Feststellung und Vortrag der verbleibenden Gesamtunterdeckung bzw. Gesamtüberdeckung in Folgejahren

Nach den Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes sind Kostenüberdeckungen innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen; Kostenunterdeckungen können in diesem Zeitraum ausgeglichen werden.

Gemäß Gemeinderatsbeschluss Ö 4 vom 22.09.2015 beträgt die verbleibende Gesamtunterdeckung aus dem Jahr 2012 beim Niederschlagswasser: 51.070,03 €; die verbleibende Gesamtüberdeckung aus den Jahren 2012 und 2013 beim Schmutzwasser beläuft sich auf 674.489,22 €.

a) Niederschlagswasser:

verbliebene Unterdeckung aus 2012:	51.070,03 €
(wird i. H. v. 51.070,03 € mit der Überdeckg. aus 2014 verr.)	
Überdeckung aus 2014: (vgl. Anlage 1 u. 2)	57.457,38 €

(die verbleibende Unterdeckung aus 2012 wird vollständig mit der Überdeckung aus 2014 verrechnet; die verbleibende Überdeckung wird vorgetragen)

verbleibende Gesamtüberdeckung aus dem Jahr 2014: 6.387,35 €

b) Schmutzwasser:

verbleibende Überdeckung aus 2012:	373.424,83 €
Überdeckung aus 2013:	301.064,39 €
Überdeckung aus 2014: (vgl. Anlage 1 u. 2)	16.734,33 €

(die verbleibende Überdeckung aus 2012, die Überdeckung aus 2013 und die Überdeckung aus 2014 werden vorgetragen)

verbleibende Gesamtüberdeckung aus den Jahren 2012 bis 2014: 691.223,55 €

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte, ob die Höhe einer Über- oder Unterdeckung gesetzlich festgelegt sei? RAL Kroihner sagte, dass dies gesetzlich nicht genau festgelegt sei.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) sagte, dass die Überdeckung im Bereich Schmutzwasser augenfällig sei. Man solle hier eine Rückführung zum Jahreswechsel machen. BGM Schmitt sagte, dass es diese Anpassung bereits zum 1. Januar 2015 gab, die Rechnungsergebnisse beziehen sich auf 2014. Weis gab die Zustimmung der CDU.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) sagte, dass alles klar sei, nur die Überdeckung noch relativ hoch sei. Diese wird sich wohl durch die notwendige Kanalsanierung abbauen. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schneider (SPD) sagte, dass bei den Ausgaben zur Kanalsanierung 2014 ein HH-Rest gebildet wurde. Mit dem Ansatz für 2015 komme man auf fast 790.000 €, es wurden bisher

aber nur ca. 180.000 € aus-gegeben. Sie fragte wie die Verwaltung diesen Ausgabenstau angehen wolle, die Ansätze haben nur 5 Jahre Gültigkeit. Sie forderte für die Bürger eine stufenweise Entlastung und fragte, wie sich bei den Abwassergebühren Mehreinnahmen erklären, aber beim Wassergeld Mindereinnahmen. RAL Kroihner sagte, dass der Wasserverbrauch rückläufig sei. Die Einnahmen werden von den Stadtwerken Schwetzingen mitgeteilt. Schneider gab die Ablehnung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass die Gebühren für das Schmutzwasser bereits gesenkt sind. Die Überdeckung werde für die Arbeiten am Kanalnetz in den nächsten Jahren benötigt, man sei auf dem richtigen Weg. Sie gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass man sich die Gebührensenkung hätte stärker vorstellen können. Man könnte den Verdacht bekommen, dass sich die Gemeinde einen Kredit auf Kosten der Bürger besorgt. Er gab die Ablehnung der ALP.

Der Gemeinderat stellt die Überdeckung in Höhe von 57.457,38 € beim Niederschlagswasser im Jahr 2014 fest. Der Gemeinderat stellt die Überdeckung beim Schmutzwasser in Höhe von 16.734,33 € für das Jahr 2014 fest.

Die verbliebene Unterdeckung beim Niederschlagswasser aus dem Jahr 2012 wird vollständig mit der Überdeckung aus dem Jahr 2014 verrechnet.

Die verbleibende Überdeckung aus dem Jahr 2014 i. H. v. 6.387,35 € wird in die Folgejahre vorgetragen.

Die verbleibende Überdeckung beim Schmutzwasser aus 2012 in Höhe von 373.424,83 €, die Überdeckung aus 2013 (301.064,39 €) und die Überdeckung aus 2014 (16.734,33 €), insgesamt 691.223,55 €, werden in die Folgejahre vorgetragen.

Mehrheitlich angenommen mit 14 Ja-Stimmen von CDU, PL, GLP und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und ALP.

TOP Ö 4

Zustimmung des Gemeinderats zu außerplanmäßigen/überplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2015

Im Haushalt 2015 wurden bei der Finanzposition **1.2210.713000** Zuweisung an den Zweckverband für Realschule 79.000 € eingestellt. Die Abrechnung ergab **Mehrkosten von 17.069,45 €**. Diese Mehrausgaben können durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer Ansatz: 830 T€; Stand 13.8.2015: 3.009 T€) gedeckt werden.

Im Haushaltsplan 2015 sind bei den Finanzpositionen 1.7610.700000 10.000 € bzw. bei der Finanzposition 2.7610.950000.001 35.000 €, zusammen 45.000 €, für Zuschüsse an den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar veranschlagt, da man davon ausging, dass das Anlagevermögen bei der Gemeinde nachgewiesen wird. Der Haushaltsplan 2015 wurde am 15.12.2014 beschlossen. Am 19.12.2014 erhielten die Mitgliedsgemeinden eine Buchungsempfehlung. Hiernach sollen sämtliche Zahlungen an den Zweckverband über die Finanzposition **2.7610.983000.001** abgewickelt werden, da das Eigentum des High-Speed-Netzes beim Zweckverband nachgewiesen wird. Derzeit sind für das Eintrittsgeld in den Zweckverband bereits 9.980 € angefallen. Hier sollen außerplanmäßige **Mittel in Höhe von 45.000 € bereitgestellt werden**. Deckung erfolgt durch Minderausgaben in gleicher Höhe bei den bisherigen Ansätzen

Zustimmung von den Fraktionen.

GR Hohl teilte mit dass er den Haushalt abgelehnt hatte und er deshalb auch diesen TOP ablehne.

Der Gemeinderat stimmt den Mehrausgaben (insgesamt 62.069,45 €) bei den Finanzpositionen 1.2210.713000 [17.069,45 €] und 2.7610.983000.001 [45.000 €] zu. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Finanzposition 1.9000.003000 Gewerbesteuer [17.069,45 €] und Minderausgaben bei den Finanzpositionen 1.7610.70000 [10.000 €] und 2.7610.950000.001 [35.000 €].

Mehrheitlich angenommen mit 18 Ja-Stimmen von CDU, PL, SPD, GLP und BGM, bei 1 Gegenstimme der ALP.

TOP Ö 5

Fortschreibung der Bedarfsplanung der Kinderbetreuung in Plankstadt

Als Rahmenplanung der Gemeinde ist die Bedarfsplanung der Kinderbetreuung durch die Verwaltung fortzuschreiben. Die Fortschreibung berücksichtigt die Geburten bis August 2015. Es ist darauf hinzuweisen, dass trotz des Neubaus im Pestalozziweg im Betrachtungszeitraum ein temporärer Engpass der Kindergartenplätze besonders im Bereich der Ganztagesbetreuung entstehen könnte. Im Bereich der Kleinkindbetreuung zeigt sich die Gemeinde mit dem Neubau „Pestalozziweg“ ausreichend aufgestellt. Dennoch ist auch in diesem Bereich das Angebot ab dem 1. Lebensjahr und in der Ganztagesbetreuung ein knappes Gut. Genügend Plätze sind derzeit bei den kirchlichen Trägern ab dem 2. Lebensjahr für den halben Tag vorhanden.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass dieses Thema mittlerweile häufiger im Gemeinderat sei. Dies sei gut, weil es sich immer um Prognosen handle. Es sei gut die Schwetzingen Str. 37 vorzuhalten. Die Informationen der Verwaltung seien sehr gut. Sie gab die Zustimmung der CDU.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass es gut sei, dass die Gemeindeverwaltung auch unterjährig eine Bedarfsplanung mache. Man sei gut aufgestellt, müsse aber weiterhin wachsam beobachten. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Felix Geissler (SPD) sagte, dass die Plätze ausreichend seien. Die Unsicherheiten seien erst Ende 2016, Anfang 2017. Er forderte, die Betreuungsangebote im GMB zu veröffentlichen und gab die Zustimmung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass mehr Ganztagsplätze in Plankstadt benötigt würden. Sie gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass sich die Verwaltung auf Prognosen berufe, während die Eltern gerne Planungssicherheit hätten. Eine flexible Schülerbetreuung sei in der Friedrichschule eingeschränkt. Daher solle man das Dachgeschoss der Friedrichschule umbauen. Dies koste zwar auch, aber man gebe schließlich auch anderswo viel Geld aus. Die Zahl der Kernzeitkinder steige an und es komme zur Raumproblematik. Das „Auffanglager“ Schwetzingen Straße 37 müsse erhalten bleiben. Auch müsse man die kommenden Flüchtlingskinder im Auge behalten. Er gab die Zustimmung der ALP.

Der Gemeinderat beschließt die vorgelegte Bedarfsplanung.

Einstimmig angenommen.

TOP Ö 6

Grundsatzbeschluss zur Weiterentwicklung der Humboldtschule in eine Ganztagschule

An der Humboldtschule soll ein Ganztagesangebot eingeführt werden. Es wurden dazu eine erste Elternumfrage und eine Informationsveranstaltung im Herbst letzten Jahres sowie eine Informationsveranstaltung mit dem Ganztagschulberater Herr Dr. Appel am 29. April dieses Jahres abgehalten. Das Thema wurde ebenfalls im VKSS am 13. Juli intensiv vorbereitet. In dieser Ausschusssitzung wurde die Verwaltung beauftragt, diese Vorlage mit den entsprechenden Rahmenvorgaben dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Gemäß der Information durch die Schulleitung der Humboldtschule ist der tatsächliche Bedarf in der Elternschaft noch nicht zu 100 % und auch nicht für einen längeren Zeitraum im Voraus valide zu ermitteln. Aus diesem Grund empfiehlt die Schulkonferenz der Humboldtschule mit einer Ganztagschule in Wahlform zu starten, um den Eltern ausreichend Zeit zu geben, sich an das in Baden-Württemberg neuartige Schulmodell ausreichend zu gewöhnen. Vorgesehen ist ein Ganztagsangebot an 4 Tagen in der Woche zu je 8 Stunden (7.30 Uhr bis 15.30 Uhr). Zu einem späteren Zeitpunkt besteht die Möglichkeit bei entsprechendem Bedarf die Ganztagschule in Wahlform in eine Ganztagschule in verbindlicher Form weiterzuentwickeln. Durch die Einführung der Ganztageschule in Wahlform bleiben die Schulbezirksgrenzen bestehen. Ein Schulbezirkswechsel vom Bezirk der Friedrichschule in den Bezirk der Humboldtschule ist unproblematisch, sobald begründet werden kann, dass das Betreuungskonzept der Humboldtschule benötigt wird.

Der VKSS brachte mehrheitlich zum Ausdruck, dass die Gemeinde sich darauf konzentrieren müsse, dass die Ganztagschule in der Humboldtschule gut funktioniert und deshalb keine mit zusätzlichen Kosten für die Gemeinde verbundenen Konkurrenzangebote geschaffen werden sollen. Man müsse klare Rahmenbedingungen und Strukturen seitens der Gemeinde vorgeben. Dabei soll der Humboldtschule die Chance gegeben werden, sich neu zu positionieren und zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Raumsituation in beiden Plankstadter Schulen soll es deshalb erklärtes Ziel sein, die Humboldtschule zu einer Ganztagschule zu entwickeln, mit einer Betreuung an den Randzeiten bis 17 Uhr. Die Friedrichschule soll als Halbtagschule mit Kernzeitbetreuung (ohne warmes Mittagessen) konzipiert werden. Zusätzlich soll weiterhin bei entsprechender Nachfrage der Abenteuerhort angeboten werden. Die Ferienbetreuung soll grundsätzlich in bisheriger Form weiter angeboten werden.

Zur Einrichtung einer Ganztagschule ist ein Umbau der Schulräume erforderlich. Die Kosten für die Umbaumaßnahmen werden auf 328.000 € geschätzt.

Die derzeitigen Kosten für die Schulkinderbetreuung an der Humboldtschule belaufen sich auf ca. 174.000 €. Dem stehen Einnahmen und Zuschüsse von ca. 74.000 € entgegen.

Die Kosten für die Betreuung des Mittagsbandes und der Randzeitenbetreuung sowie eines Mitarbeiters im freiwilligen sozialen Jahr (FSJ) belaufen sich voraussichtlich auf 84.000 €. Einnahmen für die Randzeitenbetreuung und Kernzeitbetreuung stehen dem nur noch in geringer Höhe gegenüber, so dass davon ausgegangen werden kann, dass durch die Einführung der Ganztageschule, abgesehen von den Baukosten, keine zusätzlichen Mittel benötigt werden, jedoch auch nichts eingespart wird.

Durch entsprechende Unterrichtsplanung wird es möglich sein, eine Ganztagschule in Wahlform parallel zu einer Halbtagschule in der Humboldtschule zu betreiben. Ziel dabei ist, die schulische Qualität weiter zu verbessern und eine klare Trennung der schulischen Angebote im Ort herbeizuführen.

Die Humboldtschule hat klar den Wunsch formuliert, dass der Gemeinderat sich mit einem Grundsatzbeschluss zur Entwicklung der Ganztagschule bekennt und erklärt, die entspre-

chenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Start ist für das Schuljahr 2017/2018 vorgesehen. Damit muss der Antrag auf Ganztagschule am 1. Oktober 2016 im Schulamt vorliegen und bis dahin sollte auch die Planung des Umbaus mit Errichtung von Küche und Mensa angegangen werden.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) nahm Bezug auf die Stundenpläne und fragte, wie der Unterricht am Nachmittag gewährleistet werden könne?

Frau Mellentin sagte, dass zwei mögliche Stundenpläne dafür vorliegen. Das AG-Angebot müsse weiter ausgebaut werden und könne am Nachmittag auch ein ergänzendes Angebot sein.

GR DR. Felix Geisler (SPD) sagte, dass es problematisch für die Leistungsbeurteilung der Schüler sein könne, wenn in zwei unterschiedlichen Schulzügen unterrichtet würde. Frau Mellentin stellte klar, dass eine gerechte Bewertung selbstverständlich unabhängig von der Schulform erfolge.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass nach den Plänen die Humboldtschule prädestiniert sei als Ganztagschule. Sie wies auf die Integration von Behinderten durch Barrierefreiheit hin, die sie in den Plänen vermisse.

BGM Schmitt sagte, dass man das Thema Barrierefreiheit auch in der Schule irgendwann in der Zukunft angehen müsse, aber momentan noch keine schnelle Lösung erkennbar und auch nicht erforderlich ist.

Frau Mellentin sagte, dass die Raumnutzung auf den Vorschlägen von Herrn Dr. Appel basieren. Es gebe im Grundschulbereich zwei barrierefreie Räume, aber gerade die Mensa sei hier sehr wichtig.

GR Dr. Arno Neidig (CDU) sagte, dass die gesellschaftlichen Veränderungen auch das Schulwesen vor neue Herausforderungen stelle. Es sei ein vernünftiges Konzept, die Raumplanung sei gut. Lediglich bei Punkt 3 des Beschlussvorschlags sehe man noch Handlungsbedarf. Es gebe noch einen größeren Teil unzufriedener Eltern der Friedrichschule. Hier könne man noch etwas tun, z.B. eine Aufteilung der Betreuungszeiten im Abenteuerhort.

Frau Mellentin sagte, dass man keine Ganztagschule brauche, wenn man an beiden Schulen weiterhin alle Betreuungsangebote vorhalte. Dann könne man sich die Kosten sparen und weiterhin die Schulangebote wie gehabt parallel anbieten.

GR Dr. Neidig (CDU) fragte, wie man die Eltern an der Friedrichschule denn dann zufrieden stellen solle? BGM Schmitt sagte, dass die Frage vielmehr ist, ob es wirklich gelingt, alle zufrieden zu stellen?

Frau Mellentin sagte, dass wenn man als Ganztagschule in Wahlform starte, man in allen vier Jahrgängen starte und man eine gewisse Anzahl von Schülern brauche, um die entsprechenden Lehrerzuweisungen zu bekommen.

GR Dr. Arno Neidig (CDU) sagte, dass man den Stundenplan bis zum nächsten Jahr noch später feinjustieren könne.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass das Thema emotional besetzt sei. Eine Planungssicherheit der Schule, aber auch der Elternschaft sei gefordert. Man rede über einen Grundsatzbeschluss für 2017/2018. Das sei ein klares Signal für die Elternschaft und die Schule. Die PL sei überzeugt von dem Konzept und im Oktober soll ja auch die Bedarfsermittlung an der Friedrichschule erfolgen. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass es anzuzweifeln sei, dass man alle Betreuungsangebote einstellen müsse um die Ganztagschule zu starten. Es wurde aus der Elternschaft ein Mitspracherecht gefordert und es gebe seiner Meinung nach auch Lösungen, an der Friedrichschule ein Betreuungsangebot zu schaffen. Der Punkt 3 des Beschlussvorschlags sei nicht

notwendig und derzeit auch nicht erforderlich. Die SPD wolle Punkt 3 auf keinen Fall. Wenn er rausgenommen werde solle es eine Einzelabstimmung geben.

GR Sigrd Schüller (GLP) sagte, dass sich die GLP freue, dass es eine Ganztagschule geben soll. Die Ganztagschule habe viele Vorteile und man sei der Gemeindeverwaltung und Frau Mellentin dankbar, dass man sich auf den Weg zu diesem Angebot machen will. Es mache auf jeden Fall Sinn, dass es das warme Mittag-essen da gebe, wo auch die Mensa ist. Sie bat die Verwaltung die Eltern der betreffenden Kindergartenkinder im Vorfeld des Starts der Kooperationsklassen zu informieren, welches Angebot es an welcher Schule im folgenden Jahr gibt, damit diese sich entsprechend an der passenden Schule anmelden können. Sie gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass die Ganztagschule Vorteile habe. Aber im nächsten Jahr seien Land-tagswahlen und man wisse nicht, was dann komme. Seitens der ALP sehe man eine Verquickung der Friedrichschule mit dem Neubaugebiet. Man fordere ein Junktim zwischen dem Ausbau der Humboldtschule und dem Ausbau der Friedrichschule. Man müsse auch den Eltern entgegenkommen.

GR Jutta Schuster (CDU) sagte, dass sich alle für den Grundsatzbeschluss unter den Punkten 1 und 2 ausgesprochen haben. Momentan gibt es aber noch das Problem der Betreuungszeit an der Friedrichschule unter Punkt 3. Ein Kompromiss wäre hier, im Abenteuerhort auch eine Betreuungszeit bis 15.30 Uhr anzubieten.

GR Dr. Felix Geisler (SPD) sagte, dass man das Ganze nicht über den Tisch biegen wolle und man den Punkt 3. streichen solle.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass er ein Befürworter der Ganztagschule sei. Die Vorlaufzeit sei aber sehr kurz und er habe große Bedenken, dass es laufen werde. Daher könne er nicht zustimmen.

BGM Schmitt ergänzte den Beschlussvorschlag unter 3. und ließ über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

1. Der Gemeinderat beschließt an der Humboldtschule eine Ganztagschule in Wahlform (4 Tage je 8 Stunden) beginnend zum Schuljahr 2017/2018 anzubieten. Die Humboldtschule wird gebeten, die Grundlagen für einen entsprechenden Antrag an das Schulamt zu erarbeiten und in der Schulkonferenz zu beschließen. Diese soll dann vor der Sommerpause 2016 im Gemeinderat beschlossen werden.

2. Der Gemeinderat ist bereit die notwendigen Baumaßnahmen in der Humboldtschule durchzuführen und beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Umbaumaßnahmen am Schulgebäude. Entsprechende Haushaltsmittel sind in den Haushalten 2016 und 2017 einzuplanen.

3. Die Betreuungsangebote an beiden Schulen sollen zukünftig grundsätzlich wie folgt ausgestaltet werden: Die Friedrichschule wird als Halbtagschule mit Kernzeitbetreuung ohne warmes Mittagessen konzipiert. Zusätzlich soll bei entsprechender Nachfrage der Abenteuerhort weiter angeboten werden. Die Betreuungszeiten sollen nach dem Bedarf der Eltern gestaltet werden. Die Humboldtschule soll als Ganztageschule in Wahlform mit Betreuung an den Randzeiten bis 17 Uhr gestaltet werden. Die Ferienbetreuung wird grundsätzlich wie bisher angeboten.

Nr. 1:

Mehrheitlich angenommen mit 15 Ja-Stimmen von CDU, PL, GLP, GRe Grimm & Dr. Geisler und BGM, bei 3 Gegenstimmen von ALP und GRe Prof. Dr. Dr. Mende & Schneider

Nr. 2:

Mehrheitlich angenommen mit 15 Ja-Stimmen von CDU, PL, GLP, GRe Grimm & Dr. Geisler und BGM, bei 3 Gegenstimmen von ALP und GRe Prof. Dr. Dr. Mende & Schneider

Nr. 3:

Mehrheitlich angenommen mit 13 Ja-Stimmen von CDU, PL, GLP und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und ALP.

TOP Ö 7

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Industriegebiet Jungholz - Bereich West“

- Änderungs- und Aufstellungsbeschluss

Nachdem im Bereich der Heinrich-Lanz-Straße faktisch nur noch 1-2 Grundstücke in begrenzter Größe für weitere Interessenten zur Verfügung stehen und weitere Bewerbungen und Anfragen teilweise mit Flächenwünschen über 1 ha vorliegen, wurden die Nutzungs- bzw. Bebauungsmöglichkeiten der ca. 7,4 ha großen Baugrundstücksfläche am Ende der Brauereistraße anhand der Bewerbungen konkret untersucht.

Bereits 2014 hat die Verwaltung aufgrund der guten Erfahrungen beim Bebauungsplanänderungsverfahren für den östlichen Bereich des Industrie- und Gewerbegebiets die MVV Enamic Regioplan GmbH aus Mannheim mit der Erarbeitung eines städtebaulichen Konzeptes über das betreffende Gebiet beauftragt.

Schon damals wurde deutlich, dass bei einer Parzellenaufteilung der Gesamtfläche eine weitere Erschließung und Änderung des Bebauungsplanes notwendig sein wird.

Nachdem es bisher nicht gelungen ist, trotz einiger Anfragen und Verhandlungsgespräche das Grundstück „en bloc“ zu verkaufen, wird nun vorgeschlagen, die Bebauungsplanänderung einzuleiten, örtliche Bauvorschriften aufzustellen und das Gesamtgrundstück in Einzelparzellen aufzuteilen und zu erschließen.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass man zuerst im Ausschuss darüber reden solle. Man habe damals beim Gemarkungstausch schon gesagt, dass das Gewerbegebiet im vorderen Teil sein soll, wenn weiter erschlossen wird. Das hintere Grundstück soll nicht erschlossen werden. Er gab die Ablehnung der CDU

BGM Schmitt berichtete die Aussage von Herrn Berger. Er stellte klar, dass eine Entwicklung des durch den Gemarkungstausch erhaltenen Gebietes erst möglich sei, wenn der hintere Teil im Jungholz, für den bereits ein Bebauungsplan bestehe, erschlossen und weitgehend vermarktet sei. Vorher sein eine weitere Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan zu einem Baugebiet nicht genehmigungsfähig. Die Reihenfolge der Vermarktung sei schon seit Anfang an klar gewesen und wird so auch seit über 2 Jahren beworben.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) sagte, dass die Aufteilung sinnvoll sei und gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man es ähnlich wie die CDU sehe und gab die Ablehnung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass sie die Ansicht von CDU und SPD nicht nachvollziehen könne und gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass es schön wäre, hier zwei Parzellen für das Flüchtlingsheim zu haben.

BGM Schmitt sagte, dass es bereits eine Anfrage des LRA gibt, auf den Parkplätzen des Grundstückes Container für Flüchtlingsunterbringung durch den Kreis aufzustellen. Er habe dem Kreis jedoch mitgeteilt, dass hier eine Firma angesiedelt und eine Erschließung durchgeführt werden soll. Sollte der Gemeinderat dem wider Erwarten nicht zustimmen, wird sich die Gemeinde dem Wunsch des Kreises, der in der Unterbringungsfrage enorm unter Druck steht, sicher nicht entziehen können und wollen.

Der Bürgermeister stellte den TOP zur Einzelabstimmung.

Der Gemeinderat beschließt gemäß §§ 2 und 10 Baugesetzbuch (BauGB) die Änderung des Bebauungsplanes „Industrie- und Gewerbegebiet Jungholz- Teilbereich West“.

Gleichzeitig wird gemäß § 74 Absatz 6 Landesbauordnung (LBO) die Aufstellung örtlicher Bauvorschriften zu diesem Bebauungsplan beschlossen.

Der Geltungsbereich ergibt sich aus dem Konzeptentwurf des Planungsbüros MVV Enamic Regioplan GmbH aus Mannheim vom 10.04.2014.

Mehrheitlich abgelehnt mit 7 Ja-Stimmen von PL, GLP und BGM, bei 11 Gegenstimmen von CDU, SPD und ALP.

TOP Ö 8

Modernisierung der Gaststätte Mehrzweckhalle

-Auftragsvergabe Mobiliar und Ausstattung des Gastraumes

In der Gemeinderatssitzung vom 20.07.2015 wurde bereits über die Beauftragung der Modernisierungsmaßnahmen informiert sowie die Vergabe der Thekenerneuerung und der Austausch der Küchentechnik beschlossen. Die Arbeiten sind derzeit im Gange.

Bei der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten am 06.07.2015 wurde von den Ausschussmitgliedern angeregt, im Zusammenhang mit den Modernisierungsmaßnahmen auch die mittlerweile abgenutzte Möblierung zu erneuern. Nach Abstimmung der Materialien im Ausschuss wurde die Lieferung von Stühlen, Tischen, Sitzbänken und Garderoben beschränkt ausgeschrieben.

Zum Eröffnungstermin am 27.08.2015 lagen 2 Angebote vor. Das preisgünstigste Angebot wurde von Fa. Brust und Partner GmbH aus Bad Schönborn mit einer Summe in Höhe von 71.617,77 € abgegeben. Firma Brust und Partner ist als leistungsfähig und zuverlässig bekannt. Einer Auftragserteilung steht aus Sicht der Verwaltung nichts im Wege.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) fragte, ob sich an dem Preis noch was ändere, wenn das Mobiliar nicht gefällt.

GR Andreas Berger (CDU) sagte, dass ich im Nachhinein bei der MZH viele Probleme ergeben haben, z.B. bei der Vergabe der Elektroarbeiten. Daher wolle man die Maßnahme lieber vorerst stoppen. Er gab die Ablehnung der CDU.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass sich nicht erschließe, was die Elektroarbeiten mit der Möblierung zu tun haben. Sie gab die Zustimmung der PL.

GR Christine Grimm (SPD) sagte, dass es seitens der SPD keine Zustimmung gebe, da man die Muster noch nicht gesehen habe.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass eine durchgestrichene Summe in dem Angebot stand, die deutlich günstiger war. Man wollte eigentlich ein Probesitzen machen.

GR Sigrid Schüller (GLP) sprach sich für die Beschaffung neuen Mobiliars aus und gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass man bei der Beschaffung von Mobiliar vollstes Vertrauen in die Stilsicherheit der Verwaltung habe. Er gab die Zustimmung der ALP.

BGM Schmitt ergänzte den Beschlussvorschlag.

Der Auftrag für die Lieferung von Mobiliar und Ausstattung im Gastraum der Mehrzweckhalle wird vergeben an die Firma Brust und Partner GmbH zum Gesamtpreis von 71.617,77 €. Die Mittel werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Der Auftrag für die Lieferung von Mobiliar und Ausstattung im Gastraum der Mehrzweckhalle wird vergeben an die Firma Brust und Partner GmbH zum Gesamtpreis von 71.617,77 €. Die Mittel werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Bei Stimmengleichheit abgelehnt mit 8 Ja-Stimmen von PL, GLP, ALP und BGM und 8 Gegenstimmen von CDU und SPD, sowie 2 Enthaltungen von GRe Helmling & Neidig.

TOP Ö 9

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 20.07.2015 gefassten Beschlüsse

TOP NÖ 1

Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Gewerbegebiet Jungholz-Ost

Beschlossen